

# Energie in Bürgerhand Bürgerenergie Osteland eG

Informationen über  
das Genossenschaftsmodell,  
die Beteiligung an der  
BürgerWindkraftanlage Brobergen,  
den REGIONALSTROM Osteland  
und weitere Geschäftsfelder



Druck: Mai 2017

1. Auflage – 600 Stück

### **Impressum**

Bürgerenergie Osteland eG i.G.

Buchenring 31 | 21726 Oldendorf

**[www.buergerenergie-osteland.de](http://www.buergerenergie-osteland.de)**

# Inhalt

<b>Übersicht</b>	4
<b>Bürgerenergie Osteland eG</b>	5
<b>Das Genossenschaftsmodell</b>	7
<b>BürgerWindkraftanlage Brobergen</b>	
Projektdaten	9
Projektpartner	10
Beteiligungsmodell	11
<b>Energiewende mit Bürgerbeteiligung</b>	12
<b>Satzung</b>	14

# Einmischen. Entscheiden. Mitverdienen.

## Ein Überblick

**Die Genossenschaft Bürgerenergie Ostland eG will sich einmischen und die Energieversorgung mit Strom und Wärme selber in die Hand nehmen. Ihr Ziel ist eine zukunftsfähige und sichere Energieversorgung, die unsere Umwelt schützt und die Menschen am Gewinn der Energieerzeugung beteiligt.**

## Regionale Wertschöpfung durch Energie in Bürgerhand

Von dezentraler Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien profitieren die Menschen in der Region besonders dann, wenn sie bestimmenden Einfluss auf die Betriebsentscheidungen haben. Möglichst viel von dem Gewinn aus Energieerzeugung und Verteilung soll in der Region bleiben.

## Alle können mitmachen

Die Bürgerenergie Ostland eG ist offen für alle Menschen der Oste-Region, die den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran bringen und dazu beitragen wollen, dass die Region und die Menschen in der Region davon profitieren.

## Mit 300 Euro sind Sie dabei

Ein Genossenschaftsanteil beträgt 300 Euro (Pflichtanteil). Jedes Mitglied kann mehrere Anteile erwerben. Die Dividende auf die Genossenschaftsanteile richtet sich nach dem jährlichen Geschäftsergebnis und den Beschlüssen der Generalversammlung.

## Nachrang-Darlehen

Mitglieder können der Genossenschaft Darlehen geben. Für Darlehen werden feste Zinssätze vereinbart.

## Ein Mitglied eine Stimme

Die Bürgerenergie Ostland eG ist demokratisch organisiert. Jedes Mitglied hat eine Stimme, unabhängig von der Kapitalbeteiligung.

## Erstes Projekt: BürgerWindkraftanlage Brobergen

Die Beteiligung an der Windkraftanlage in Brobergen in der Gemeinde Kranenburg ist das erste Projekt. Die Bürgerenergie Ostland eG kann hieran die Mehrheitsbeteiligung erwerben und hat dann bestimmenden Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Windpark-Betreibergesellschaft.

## REGIONALSTROM Ostland

Zweites Standbein ist der REGIONALSTROM Ostland, ein Ökostromtarif mit 100% aus Erneuerbaren Energien und einem Windstrom Anteil aus der Anlage in Brobergen.

## Weitere Geschäftsfelder

Weitere Energieanlagen im Strom- und Wärmebereich, Maßnahmen zur Energieeinsparung und effizienten Energienutzung und der Ausbau der Elektromobilität sollen dazu beitragen, ein Optimum für Klimaschutz und Wertschöpfung in der Region zu erreichen.

## Kündigung oder Übertragung von Genossenschaftsanteilen

Jedes Mitglied kann die Mitgliedschaft kündigen oder Anteile auf andere Mitglieder übertragen.

# Bürgerenergie Osteland eG

## Eine Genossenschaft für die Oste-Region

**Die Bürgerenergie Osteland eG<sup>\*1</sup> ist eine Energie Genossenschaft für das Gebiet entlang der Oste. Ihr Ziel ist die Energiewende in der Region mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die Geschäftsfelder der Bürgerenergie Osteland eG sind die Erzeugung und Verteilung von Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien, die Entwicklung der Elektromobilität und die Verbesserung der Energie Effizienz. Der Stromhandel gehört ebenso dazu, wie Energieberatung, Investitionen in regionale Produkte oder der Ausbau der Wärmedämmung. In gemeinschaftlicher Zusammenarbeit sollen die Erzeugung von Strom und Wärme in regionalen Energieanlagen, ihre Verteilung und effiziente Nutzung dazu beitragen, dass sich entlang der Oste eine starke, unabhängige und energiereiche Region entwickelt.**

## Zum Vorteil für die Mitglieder

Die Energie-Ressourcen, die im Elbe-Weser-Dreieck so reich vorhanden sind, sollen vorrangig für die Region genutzt werden. Zum Vorteil für die Mitglieder der Genossenschaft können Anteile an Energieanlagen erworben werden, Stromlieferungs- und Wärmeverträge verhandelt, ein Netzwerk von Elektrofahrzeugen aufgebaut, Einkaufsgemeinschaften gebildet und regionale Produkte und Strukturmaßnahmen gefördert werden.

## Beteiligung an der BürgerWindkraftanlage Brobergen

Die Bürgerenergie Osteland eG startet mit der Beteiligung an einer Windkraftanlage in der Gemeinde Kranenburg, Ortsteil Brobergen. Betreibergesellschaft ist die BürgerWindkraft Brobergen GmbH & Co. KG. Bereits jetzt ist vereinbart, dass die Genossenschaft mit Inbetriebnahme der Windkraftanlage<sup>\*2</sup> einen Geschäftsanteil an der Gesellschaft übernimmt. Unter der Voraussetzung, dass sie das erforderliche Kapital aufbringt, kann sie sich mit einem Anteil bis zu 55% an der Windparkgesellschaft beteiligen. Die Bürgerenergie Osteland eG kann dadurch die Mehrheit an der Windkraftanlage erwerben und Einfluss auf die zukünftigen Entwicklungen der Betreibergesellschaft nehmen.

## Startkapital

Entsprechend ihrem Anteil an der Windpark-Betreibergesellschaft erwirbt die Genossenschaft das Stimmrecht bei Entscheidungen, sowie das anteilige Recht auf die Gewinne aus der Windkraftanlage. Für den geplanten Anteil von 55% an der Betreibergesellschaft ist einschließlich der erforderlichen Kosten für die Gründung der Genossenschaft ein Kapitalbedarf in Höhe von 700.000 Euro erforderlich.

**Was einer nicht alleine bewegen kann, das bewirken viele gemeinsam.**

---

\*1 eG ist die Abkürzung für „eingetragene Genossenschaft“. Eingetragen wird eine Genossenschaft im Genossenschaftsregister. Bei Drucklegung war die Genossenschaft gegründet, die Eintragung aber noch nicht erfolgt. Formal korrekt ist die Bezeichnung zu diesem Zeitpunkt „in Gründung“.

\*2 Mit dem Bau der Windkraftanlage soll im Juni begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist für Ende 2017 geplant.

# Bürgerenergie Osteland eG

## REGIONALSTROM Osteland

Bereits auf den Weg gebracht ist der REGIONALSTROM Osteland, ein regionaler Stromtarif für Strom aus 100% Erneuerbaren Energien.

Besonderheiten dieses Stromtarifs: Ein fester Anteil an dem hierfür eingekauften Strom kommt aus Windkraftanlagen der Region. Ab Inbetriebnahme der Windkraftanlage Brobergen wird Windstrom aus Brobergen für den REGIONALSTROM Osteland eingesetzt.

## Regionalstrom mit Windenergie aus der Region

Mit einem eigenen Regionalstromtarif nimmt die Bürgerenergie Osteland eG auch Einfluss auf den Stromhandel. Sie wird diesen regionalen Ökostrom in dem Gebiet entlang der Oste vertreiben und darauf achten, dass regionale Vorteile der Stromerzeugung an die Stromkunden weiter gegeben werden. Kooperationspartner für Strom aus Windkraftanlagen vor Ort ist der Ökostromanbieter NATURSTROM.

## Weitere Geschäftsfelder: Energieanlagen, Produkte und Infrastruktur

Je nach Kapitalkraft und Interessen der Mitglieder kann die Genossenschaft in weitere Energieanlagen und Produkte investieren, in Energiesparmaßnahmen oder in Infrastruktur. Als regionale Energiegenossenschaft kann die Bürgerenergie Osteland eG auch Dienstleistungen für die Mitglieder der Genossenschaft übernehmen, Einkaufsgemeinschaften bilden (z.B: für Solaranlagen), Energieberatung anbieten, in die Wärmeversorgung einsteigen oder auf andere Weise an der Förderung der Energiewende und regionalen Entwicklung beteiligen.

## Mit Windkraft elektrisch mobil

Ein völlig neues Fahrgefühl, spritzig, leise und dann auch noch umweltschonend, ohne Feinstaub und sonstige Abgase – so schwärmen Fahrer von Elektroautos. Gerade in einer windstarken Region kann so viel umweltfreundlicher Strom erzeugt werden, dass damit auch die Energie für die in einem ländlichen Gebiet notwendigen Fahrzeuge zur Verfügung steht. Windkraft und Elektromobilität passen hervorragend zusammen und sichern durch Erzeugung und Abnahme Unabhängigkeit und regionale Wertschöpfung. Elektrofahrzeuge könnten nach dem Prinzip des Carsharings den Mitgliedern der Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden.

## Vorteile der Genossenschaft für die Mitglieder

Die Genossenschaft ist ein wirtschaftliches Unternehmen zum Wohle der (wirtschaftlichen) Interessen ihrer Mitglieder. Die Mitglieder der Genossenschaft profitieren dabei unter anderem von einem Informationsvorsprung, durch Qualitätsprüfung und günstige Preise. Wenn Gewinne erwirtschaftet werden, können Rückvergütungen und Dividenden gezahlt werden.

**Die Messlatte für alle Entscheidungen ist immer, ob eine Investition dem Klimaschutz nützt, die Energieversorgung sicherer macht und für die Mitglieder Vorteile bringt.**

# Das Genossenschaftsmodell

Jede Genossenschaft unterliegt dem Genossenschaftsgesetz. Grundsätze für die Mitgliedschaft, Geschäftsführung, Struktur, Willensbildung, Beschlussfassung und Ergebnisverwendung haben sich an das Genossenschaftsgesetz zu halten. Für ihre Anerkennung benötigt jede Genossenschaft eine Satzung und einen Geschäftsplan, dazu einen Vorstand, der für diese Aufgabe geeignet ist und mindestens drei Aufsichtsratsmitglieder. Eine Genossenschaft ist erst dann geschäftsfähig, wenn sie von einem Prüfungsverband anerkannt wurde und in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht eingetragen ist.

## Mitgliedschaft in der Genossenschaft

Für die Startphase zur Finanzierung des geplanten Anteils an der BürgerWindkraftanlage Brobergen ist vorgesehen, Einwohner (natürliche Personen) mit Erstwohnsitz in der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten in die Genossenschaft aufzunehmen. Nach Ablauf der Startphase und für weitere Geschäftsfelder können Einwohner aus umliegenden Gemeinden und sonstigen Gemeinden entlang der Oste aufgenommen werden.

## Vollständige Beitrittserklärung

Für den Beitritt ist eine vollständig ausgefüllte Beitrittserklärung erforderlich. Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Maßgeblich sind der Wohnort und das Eingangsdatum der Beitrittserklärung. Ein Recht auf Aufnahme in die Bürgerenergie Osteland eG gibt es nicht.

## Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand

Die Geschäfte der Genossenschaft führt der Vorstand. Kontrolliert wird er vom Aufsichtsrat. Die wesentlichen Entscheidungen werden in der Generalversammlung getroffen. Für die laufende Geschäftsführungstätigkeit werden Befugnisse und Verpflichtungen des Vorstandes in der Satzung und der Geschäftsordnung geregelt.

## Informations- und Mitspracherechte der Mitglieder

Alle Mitglieder haben ein Recht auf umfassende Informationen zur Geschäftstätigkeit der Genossenschaft. Für die Generalversammlung haben die Mitglieder der Genossenschaft ein Antragsrecht und Stimmrecht.

## Ein Mitglied eine Stimme

Für das Stimmrecht in der Generalversammlung gilt die Besonderheit von Genossenschaften: Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist unabhängig von der Anzahl der erworbenen Genossenschaftsanteile.

## Verpflichtung zur Verschwiegenheit

Alle Mitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und müssen Informationen vertraulich behandeln. Informationen über Finanzen, Planungen, neue Geschäftsfelder oder sonstige Informationen über die Genossenschaft, ihre Mitglieder, Geschäftspartner oder die Arbeit der Genossenschaft dürfen nicht an Dritte weitergegeben werden.

# Das Genossenschaftsmodell

## Genossenschaftsanteile

Ein Genossenschaftsanteil beträgt 300 Euro. Darüber hinaus können weitere Anteile erworben werden. Alle Mitglieder verpflichten sich, mit der Aufnahme in die Genossenschaft, die von ihnen gezeichneten Anteile umgehend auf das Konto der Genossenschaft einzuzahlen. Die Mitgliedschaft sichert den Mitgliedern das Recht, die Angebote der Genossenschaft und ihr Stimmrecht zu nutzen.

Um möglichst vielen Menschen die Beteiligung an der Bürgerenergie Osteland eG zu ermöglichen, wurde der Genossenschaftsanteil niedrig gesetzt und die Zahl der maximal erwerbenden Anteile begrenzt. Für die Startphase und zur Finanzierung des geplanten Anteils an der Bürgerwindkraftanlage Brobergen ist eine Begrenzung auf 10 Genossenschaftsanteile vorgesehen.

## Dividenden

Per Gesetz ist jeder Genossenschaft vorgeschrieben, Rücklagen anzulegen. Darüber hinaus können aus dem jährlichen Gewinn Dividenden gezahlt werden. Über die Dividenden entscheidet die Generalversammlung.

## Darlehen

Für Investitionen und Beteiligungen können Mitglieder der Genossenschaft Darlehen geben. Für Darlehen wird ein fester Zinssatz vereinbart. Diese Darlehen sind nachrangige Darlehen, die erst bedient werden können, nachdem alle Kosten und die geforderten Rücklagen geleistet wurden. Ihre Rückzahlung und die Zahlung der Zinsen hat aber Vorrang vor der Zahlung von Dividenden auf die Genossenschaftsanteile.

## Kündigung

Jedes Mitglied kann die Genossenschaft mit einer Frist von zwei Jahren zum Jahresende kündigen. Die eingezahlten Geschäftsanteile werden dann wieder ausgezahlt. Sollte aber die aktuelle Geschäftslage der Genossenschaft dieses nicht zulassen, kann die Auszahlung auch verzögert erfolgen. Die Übertragung von Genossenschaftsanteilen ist jederzeit möglich.

## Genossenschaftsverband Weser-Ems

Nach dem Genossenschaftsgesetz wird eine Genossenschaft nur zugelassen, wenn sie sich einem der anerkannten Prüfungsverbände anschließt. Der für die Bürgerenergie Osteland eG zuständige Verband ist der Genossenschaftsverband Weser-Ems. Dieser hat die Gründungsprüfung vorgenommen und ist auch zukünftig für die Prüfung der Genossenschaft zuständig.



# BürgerWindkraftanlage Brobergen

## Projektdaten

### Standort

Bei der Überarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) hat der Landkreis Stade das Windparkgebiet in Kranenburg nach Süden über die Kreisstraße 78 hin erweitert. Die Gemeinde Kranenburg hat aufbauend auf dem RROP einen Flächennutzungsplan und einen Bebauungsplan aufgestellt. In dem bestehenden Windparkgebiet sollen der Rückbau der sechs Windkraftanlagen und der Neubau von vier Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m zulässig sein (Repowering). Auf dem südlichen Windpark Erweiterungsgebiet (Brobergen) ist der Bau von einer Windkraftanlage zulässig.

### Genehmigung

Die Windkraftanlage in Brobergen hat im Dezember 2016 ihre Baugenehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) erhalten. Gegen die Genehmigung sind keine Widersprüche eingelegt worden.

### Anlagentyp

Geplant ist der Bau einer Windkraftanlage vom Typ Vestas V 126 HTq mit einer Nabenhöhe von 137 m, einem Rotordurchmesser von 126 m, mit 200 m Gesamthöhe und einer installierten Nominaleistung von 3,45 MW.

### Stromertrag

Nach den vorliegenden Windgutachten soll diese Windkraftanlage in Brobergen jedes Jahr durchschnittlich 10 Mio. kWh Strom produzieren, im Jahresdurchschnitt etwa so viel Strom, wie 3.000 Haushalte (mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 3.300 kWh) im Jahr benötigen.

### Bürgerbeteiligung

Die Windkraftanlage in Brobergen ist als Bürger-Windkraftanlage konzipiert. Über eine Bürgerbeteiligung an den vier Repowering Anlagen im bestehenden Windpark ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Auch bei diesen Anlagen eine Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, wird angestrebt.

## Damit in Brobergen eine Bürgerwindkraftanlage entsteht

### Unser 1. Geschäftsziel: 55% Beteiligung an der Windkraftanlage Brobergen

# BürgerWindkraftanlage Brobergen

## Projektpartner

### Energie Oldendorf

Die Energie Oldendorf ist eine Energiegesellschaft mit Bürgern aus Oldendorf und den umliegenden Gemeinden. Seit ihrer Gründung hat die Energie Oldendorf in der Samtgemeinde das Modell der Bürgerbeteiligung vertreten und sich für einen Bürgerwindpark engagiert. Für die Windkraftanlage in Brobergen hat die Energie Oldendorf erfolgreich wesentliche Grundsätze der Bürgerbeteiligung verhandelt.

### WindStrom

Planung, Projektentwicklung und Bau der Windkraftanlage Brobergen liegen bis zur Inbetriebnahme in der Hand der WindStrom Unternehmensgruppe. Bereits 2014 haben WindStrom und Energie Oldendorf vereinbart, zusammen zu arbeiten und das Projekt Brobergen gemeinsam als BürgerWindpark zu realisieren. WindStrom ist ein erfahrener Windparkentwickler und Anlagenbetreiber, trägt bis zur Inbetriebnahme die Vorfinanzierung und übernimmt auch die technische Betriebsführung der Anlage.

### Vestas

Windkraftanlagen Hersteller ist der Weltmarktführer Vestas. Über die üblichen Garantieverpflichtungen hinaus gibt es mit Vestas einen Vollwartungsvertrag für regelmäßige Wartung und alle Reparaturen. Vestas garantiert eine Verfügbarkeit der Anlage von 95 %. Betriebsausfälle darüber hinaus und alle Reparaturen gehen auf die Rechnung des Herstellers.

### NATURSTROM / GRÜNSTROMWERK

Schon frühzeitig wurde für eine langfristige Zusammenarbeit im Stromhandel der Ökostromanbieter NATURSTROM in das Projekt eingebunden. NATURSTROM garantiert für ein Jahr die Vorfinanzierung des benötigten Eigenkapitalanteils nach der Inbetriebnahme. NATURSTROM liefert den Eigenstrombedarf der Anlage und übernimmt den Windstrom, der nicht in der Region benötigt wird. Partner für den regionalen Stromtarif REGIONALSTROM Osteland ist GRÜNSTROMWERK, eine Tochtergesellschaft von NATURSTROM.

### Volksbank Fredenbeck-Oldendorf-Ahlerstedt und DZ BANK

Den Löwenanteil an der Finanzierung der BürgerWindkraftanlage Brobergen trägt der genossenschaftliche Finanzverbund. Die Volksbank Fredenbeck-Oldendorf-Ahlerstedt begleitet das Projekt gemeinsam mit der DZ BANK, die hierbei insbesondere auch ihre windparkspezifische Fachkompetenz für die Prüfung der Projektunterlagen und Windgutachten einbringt. Ergebnis dieser Zusammenarbeit sind zwei besonders günstige Darlehen mit festen Zinssätzen über die gesamte Laufzeit.

# BürgerWindkraftanlage Brobergen

## Beteiligungsmodell

### **BürgerWindpark Brobergen GmbH & Co. KG**

Bau und Finanzierung der Windkraftanlage liegen bis zur Inbetriebnahme in der Hand der WindStrom Unternehmensgruppe. Betreibergesellschaft ist die BürgerWindpark Brobergen GmbH & Co. KG. Bereits jetzt ist vereinbart, dass mit der Inbetriebnahme der Windkraftanlage die Betreibergesellschaft zu jeweils 20% an die Firma WindStrom Erneuerbare Energien und NATURSTROM übertragen wird. 5% wird die Energie Oldendorf übernehmen. Der größte Kommanditanteil mit 55% an der Betreibergesellschaft ist für die Bürgerenergie Osteland eG reserviert.

### **Bürgerenergie Osteland eG**

Die Genossenschaft Bürgerenergie Osteland eG wurde am 15. März 2017 gegründet, nachdem die Genehmigung für den Bau und Betrieb der Windkraftanlage in Brobergen erteilt war, wesentliche Verträge verhandelt waren und eine solide Kalkulation für die Beteiligung der Genossenschaft an der BürgerWindkraftanlage Brobergen möglich war.

### **BürgerEnergie Verwaltungs GmbH Oldendorf-Himmelpforten**

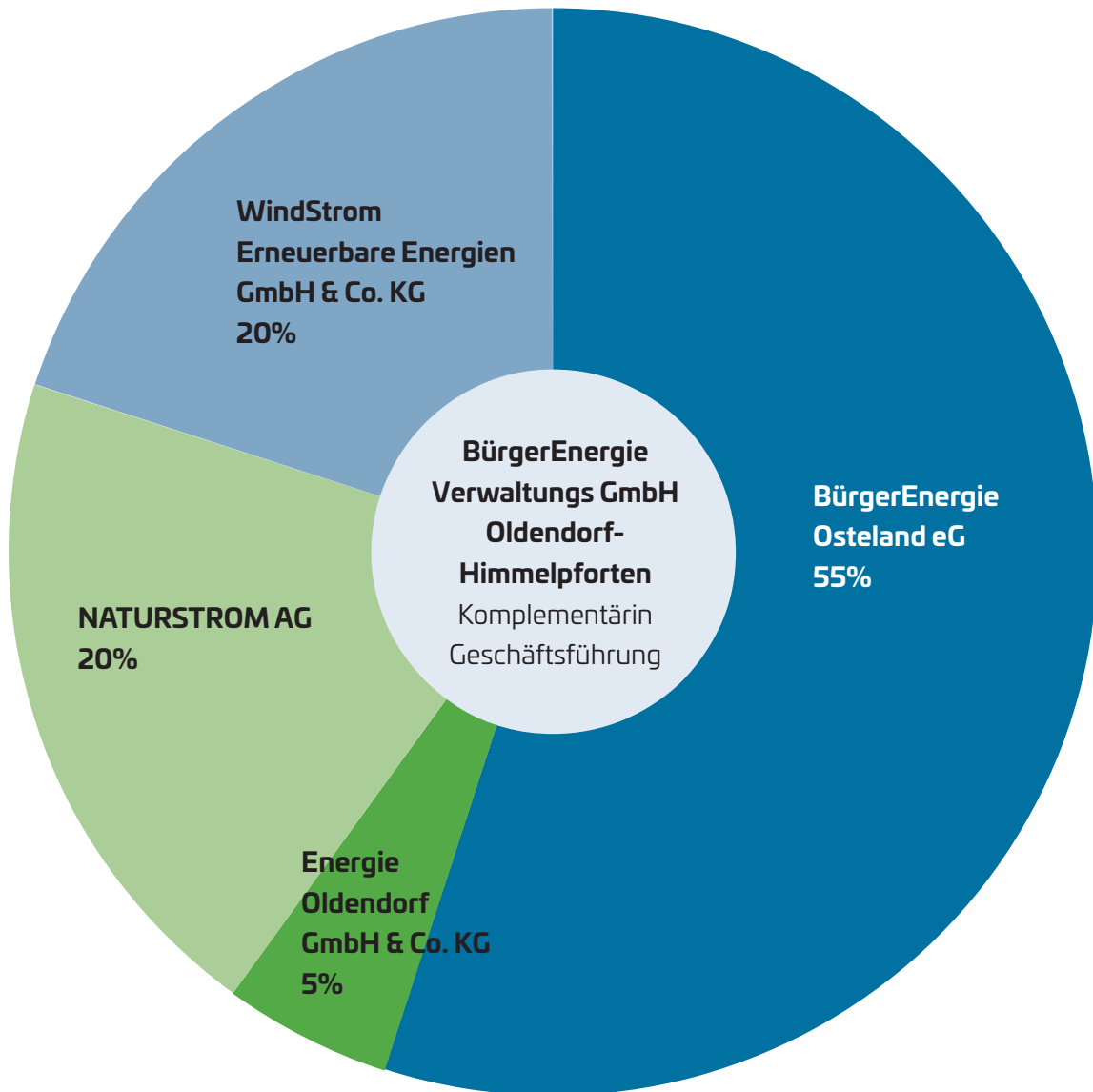
Wie jede Kommanditgesellschaft hat auch die BürgerWindpark Brobergen eine Komplementärin, die für die Kommanditgesellschaft die Haftung übernimmt und auch für die Geschäftsführung zuständig ist. Komplementärin der BürgerWindpark Brobergen wird nach Inbetriebnahme der Windkraftanlage die BürgerEnergie Verwaltungs GmbH Oldendorf-Himmelpforten. Einvernehmen besteht in der Verwaltungs GmbH, dass die Genossenschaft auf deren Antrag hin einen Anteil an der Verwaltungs GmbH erwerben kann und damit auch in die Geschäftsführung eingebunden wird.

### **Mehrheitlich in Bürgerhand**

An der Windkraftanlage Brobergen ist der Mehrheitsanteil für Einwohner aus der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten und den umliegenden Gemeinden reserviert. Wenn die Bürgerenergie Osteland das erforderliche Eigenkapital über 55% an der BürgerWindpark Brobergen aufbringt, werden zusammen mit dem Anteil der Energie Oldendorf die Mehrheit von 60% des Kapitals und der Stimmen der Windkraftanlage Brobergen in der Hand von Bürgern sein, die in der Nähe der Windkraftanlage wohnen.

# BürgerWindpark Brobergen GmbH & Co. KG

## Beteiligungsmodell



# Energiewende mit Bürgerbeteiligung

## Regionale Wertschöpfung – durch Energie in Bürgerhand

Von dezentraler Energieerzeugung aus Erneuerbaren Energien profitieren die Menschen in der Region besonders dann, wenn sie an den Energieanlagen beteiligt sind und bestimmenden Einfluss auf die Betriebsentscheidungen haben. Energie in Bürgerhand garantiert, dass der produzierte Strom, wie auch die Wärme aus den Energieanlagen vorrangig vor Ort genutzt werden und die Menschen in der Region von dem Gewinn aus der Energieerzeugung profitieren.

**Damit sich ökologischer Gewinn aus den Erneuerbaren Energien mit wirtschaftlichen Vorteilen verbindet und möglichst viel Geld für Energie in der Region bleibt, müssen Bürger Miteigentümer und Mitbestimmer werden.**

## Regionale Wertschöpfung – mit Firmen vor Ort

Weniger optimal für regionale Wertschöpfung sind Energieanlagen wie z.B. Windparks externer Investorengruppen. Bei vielen Investorenmodellen erhalten die Gemeinden nicht einmal die ihnen versprochene Gewerbesteuer. Warum? Die Investorenwindparks haben ihren Sitz außerhalb der Gemeinden und werden während der Betriebszeit mehrfach weiter verkauft. Dann kann es dazu kommen, dass über die gesamte Betriebszeit der Windpark keine Gewinne erzielt und keine Gewerbesteuer gezahlt wird.

Wenn die Menschen in der Region Mehrheits-Eigentümer sind und den Zugriff auf die Energieanlagen haben, können sie durchsetzen, dass die Betriebsstätte dauerhaft vor Ort bleibt und ihren Kommunen Gewerbesteuer zufließt.

## Bürger Windkraftanlage Brobergen

Für die Windkraftanlage in Brobergen hat die Energie Oldendorf erfolgreich wesentliche Grundsätze der Bürgerbeteiligung verhandelt:

- **Reservierung eines Mehrheitsanteils für Bürger aus Oldendorf-Himmelpforten und Umgebung**
- **Finanzierung mit einer Bank vor Ort**
- **Vorrang für die regionale Stromversorgung**
- **Sicherung der Gewerbesteuer durch den Sitz der Betreibergesellschaft und der Verwaltung**

Zu den Vereinbarungen gehört auch ein Wind-Fonds, aus dem ökologische und soziale Projekte in der Samtgemeinde gefördert werden können. Davon können alle profitieren, die in der Nähe der Bürgerwindkraftanlage Brobergen wohnen.



# Bürgerenergie Osteland eG

## Satzung

### **I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS**

- § 1 Firma und Sitz
- § 2 Zweck und Gegenstand

### **II. MITGLIEDSCHAFT**

- § 3 Erwerb der Mitgliedschaft
- § 4 Beendigung der Mitgliedschaft
- § 5 Kündigung
- § 6 Übertragung des Geschäftsguthabens
- § 7 Ausscheiden durch Tod eines Mitglieds
- § 8 Auflösung einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft
- § 9 Ausschluss
- § 10 Auseinsetzung
- § 11 Rechte der Mitglieder
- § 12 Pflichten der Mitglieder

### **III. ORGANE DER GENOSSENSCHAFT**

- § 13 Organe der Genossenschaft

#### **A. Der Vorstand**

- § 14 Leitung der Genossenschaft
- § 15 Vertretung
- § 16 Aufgaben und Pflichten des Vorstands
- § 17 Berichterstattung gegenüber dem Aufsichtsrat
- § 18 Bestellung, Zusammensetzung und Dienstverhältnis
- § 19 Willensbildung
- § 20 Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats
- § 21 Gewährung von Krediten oder besonderen Vorteilen an Vorstandsmitglieder

#### **B. Der Aufsichtsrat**

- § 22 Aufgaben und Pflichten des Aufsichtsrats
- § 23 Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat
- § 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats
- § 25 Konstituierung, Beschlussfassung

### **C. Die Generalversammlung**

- § 26 Ausübung der Mitgliedsrechte
- § 27 Frist und Tagungsort
- § 28 Einberufung und Tagesordnung
- § 29 Versammlungsleitung
- § 30 Gegenstände der Beschlussfassung
- § 31 Mehrheitserfordernisse
- § 32 Entlastung
- § 33 Abstimmungen und Wahlen
- § 34 Auskunftsrecht
- § 35 Versammlungsniederschrift
- § 36 Teilnahme der Verbände

### **IV. EIGENKAPITAL UND HAFTSUMME**

- § 37 Geschäftsanteil und Geschäftsguthaben
- § 38 Gesetzliche Rücklage
- § 39 Andere Ergebnisrücklagen
- § 39a Kapitalrücklage
- § 40 Nachschusspflicht

### **V. RECHNUNGSWESEN**

- § 41 Geschäftsjahr
- § 42 Jahresabschluss und Lagebericht
- § 43 Rückvergütung
- § 44 Verwendung des Jahresüberschusses bzw. Deckung des Jahresfehlbetrages

### **VI. LIQUIDATION**

- § 45 Liquidation

### **VII. BEKANNTMACHUNGEN**

- § 46 Bekanntmachungen

### **VIII. GERICHTSSTAND**

- § 47 Gericht

### **IX. MITGLIEDSCHAFTEN**

- § 48 Mitgliedschaften

## I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

### § 1 Firma und Sitz

- (1) Die Firma der Genossenschaft lautet: Bürgerenergie Osteland eG
- (2) Die Genossenschaft hat ihren Sitz in der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten

### § 2 Zweck und Gegenstand

- (1) Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachhaltigen Nutzung Erneuerbarer Energie in der Region und der regionalen Energieversorgung insbesondere:
  - a) Beratung und Dienstleistungen im Bereich der Versorgung mit Erneuerbaren Energien aller Arten
  - b) Bau und Betrieb von Anlagen zur dezentralen Erzeugung von Erneuerbaren Energien aller Arten sowie die Beteiligung an solchen Anlagen
  - c) Betrieb und Logistik von Anlagen und Netzen zur Versorgung aus Erneuerbaren Energien
  - d) Belieferung mit Wärme und Strom
  - e) Durchführung, Unterstützung und Förderung von Maßnahmen zur effizienten Energienutzung, Energieeinsparung und Elektromobilität.
  - f) Betätigung als Einkaufsgenossenschaft für ihre Mitglieder für Energie jeglicher Art, für Geräte und technische Anlagen; auch der Abschluss von Gruppenverträgen
  - g) Beteiligung an Forschungs- und Pilotprojekten im Bereich der regenerativen Energieerzeugung, -gewinnung und -versorgung sowie alle Geschäfte und Dienstleistungen, die mittelbar oder unmittelbar mit den oben genannten Unternehmensgegenständen in Zusammenhang stehen.
- (3) Die Genossenschaft kann auch artverwandte Geschäfte betreiben oder Maßnahmen ergreifen, die den Zielen der Genossenschaft förderlich sind. Sie kann Zweigniederlassun-

gen errichten, Unternehmen gründen oder erwerben und sich an Unternehmen beteiligen, die im Sinne dieses Genossenschaftszweckes tätig sind.

- (4) Die Beteiligung an Gesellschaften, die Strom aus Atom- oder Kohlekraftwerken gewinnen oder damit handeln, ist ausgeschlossen.
- (5) Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen
- (6) Der in der Region erzeugte Strom soll vorrangig in der Region genutzt werden. Preisvorteile für regional erzeugten Strom sollen an die Stromkunden weiter gegeben werden.

## II. MITGLIEDSCHAFT

### § 3 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft können natürliche Personen erwerben, die ihren Erstwohnsitz in der Samtgemeinde Oldendorf-Himmelpforten haben.
- (2) Die Mitgliedschaft wird erworben durch:
  - a) einen Aufnahmeantrag, der den Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes entsprechen muss und von dem Antragsteller zu unterzeichnen ist
  - b) die Zulassung durch den Vorstand der Genossenschaft.
- (3) Über die Zulassung von weiteren Mitgliedschaften entscheiden Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam.
- (4) Die Beteiligung von Gesellschaften, die Strom aus Atom- oder Kohlekraftwerken gewinnen oder damit handeln, ist ausgeschlossen.
- (5) Das Mitglied ist unverzüglich in die Mitgliederliste (§ 16 Abs. 2 Buchstabe h) einzutragen und hiervon unverzüglich zu benachrichtigen.

### § 4 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch:

- a) Kündigung (§ 5),
- b) Übertragung des Geschäftsguthabens (§ 6),
- c) Tod eines Mitgliedes (§ 7),
- d) Auflösung einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft (§ 8),
- e) Ausschluss (§ 9).

**§ 5 Kündigung**

- (1) Jedes Mitglied hat das Recht, seine Mitgliedschaft zum Schluss eines Geschäftsjahres zu kündigen. Die Kündigung muss schriftlich erklärt werden und der Genossenschaft mindestens 24 Monate vor Schluss des Geschäftsjahres zugehen.
- (2) Soweit ein Mitglied mit mehreren Geschäftsanteilen beteiligt ist, ohne hierzu durch die Satzung oder eine Vereinbarung mit der Genossenschaft verpflichtet zu sein, kann es schriftlich einen oder mehrere Geschäftsanteile seiner zusätzlichen Beteiligung zum Schluss eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer Frist von ebenfalls 24 Monaten kündigen.

**§ 6 Übertragung des Geschäftsguthabens**

- (1) Ein Mitglied kann jederzeit, auch im Laufe des Geschäftsjahres, sein Geschäftsguthaben durch schriftlichen Vertrag auf einen anderen übertragen und hierdurch aus der Genossenschaft Auseinandersetzung ausscheiden, sofern der Erwerber bereits Mitglied ist oder Mitglied wird.
- (2) Ein Mitglied kann sein Geschäftsguthaben, ohne aus der Genossenschaft auszuscheiden, teilweise übertragen und damit die Anzahl seiner Geschäftsanteile verringern. Absatz 1 gilt entsprechend.
- (3) Die Übertragung des Geschäftsguthabens bedarf der Zustimmung des Vorstands.

**§ 7 Ausscheiden durch Tod eines Mitglieds**

- (1) Mit dem Tod scheidet ein Mitglied aus. Seine Mitgliedschaft geht auf den Erben über.
- (2) Die Mitgliedschaft des Erben endet nicht mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem der Erbfall eingetreten ist, sondern wird fortgesetzt, wenn der Erbe die zum Erwerb erforderlichen Voraussetzungen erfüllt. Wird der Erblasser durch mehrere Erben beerbt, endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des auf den Erbfall folgenden Geschäftsjahres, wenn sie nicht bis zu diesem Zeitpunkt einem

Miterben überlassen wird. Die Überlassung ist wirksam mit Eintragung des Miterben in die Mitgliederliste; zu diesem Zweck muss die Überlassung von den Miterben rechtzeitig schriftlich dem Vorstand angezeigt werden. Der Miterbe muss zum Zeitpunkt der Überlassung die vorstehenden persönlichen Voraussetzungen erfüllen.

**§ 8 Auflösung einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft**

Wird eine juristische Person oder eine Personengesellschaft aufgelöst oder erlischt sie, so endet die Mitgliedschaft mit dem Schluss des Geschäftsjahres, in dem die Auflösung oder das Erlöschen wirksam geworden ist. Im Falle der Gesamtrechtsnachfolge wird die Mitgliedschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres durch den Gesamtrechtsnachfolger fortgesetzt.

**§ 9 Ausschluss**

- (1) Ein Mitglied kann aus der Genossenschaft zum Ende eines Geschäftsjahres ausgeschlossen werden, wenn:
  - a) Es trotz schriftlicher Aufforderung unter Androhung des Ausschlusses den satzungsmäßigen oder sonstigen der Genossenschaft gegenüber bestehenden Verpflichtungen nicht nachkommt,
  - b) es zahlungsunfähig geworden oder überschuldet ist oder wenn über sein Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist,
  - c) sein dauernder Aufenthaltsort unbekannt ist,
  - d) die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Genossenschaft nicht vorhanden waren oder nicht mehr vorhanden sind,
  - e) sich sein Verhalten mit den Belangen der Genossenschaft nicht vereinbaren lässt.
- (2) Für den Ausschluss ist der Vorstand zuständig. Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats können jedoch nur durch Beschluss der Generalversammlung ausgeschlossen werden.



- (3) Vor der Beschlussfassung ist dem Auszuschließenden Gelegenheit zu geben, sich zu dem beabsichtigten Ausschluss zu äußern. Hierbei sind ihm die wesentlichen Tatsachen, auf denen der Ausschluss beruhen soll, sowie der satzungsmäßige Ausschließungsgrund mitzuteilen.
- (4) Der Beschluss, durch den das Mitglied ausgeschlossen wird, hat die Tatsachen, auf denen der Ausschluss beruht, sowie den satzungsmäßigen Ausschließungsgrund anzugeben.
- (5) Der Beschluss ist dem Ausgeschlossenen von dem Vorstand unverzüglich durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Von der Absendung des Briefes an kann das Mitglied nicht mehr an der Generalversammlung teilnehmen und nicht Mitglied des Vorstandes oder Mitglied des Aufsichtsrates sein.
- (6) Der Ausgeschlossene kann, wenn nicht die Generalversammlung den Ausschluss beschlossen hat, innerhalb eines Monats seit der Absendung des Briefes Beschwerde bei der Generalversammlung einlegen, die sodann genossenschaftsintern endgültig über die Beschwerde entscheidet.
- (7) Es bleibt dem Ausgeschlossenen unbenommen, gegen den Ausschluss den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Der ordentliche Rechtsweg ist jedoch ausgeschlossen, wenn das Mitglied von der Beschwerdemöglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

## § 10 Auseinandersetzung

- (1) Für die Auseinandersetzung zwischen dem ausgeschiedenen Mitglied und der Genossenschaft ist der festgestellte Jahresabschluss maßgebend; Verlustvorträge sind nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile zu berücksichtigen. Bei Übertragung des Geschäftsguthabens gemäß § 6, sowie im Falle der Fortsetzung der Mitgliedschaft im Erbfall, findet eine Auseinandersetzung nicht statt.
- (2) Dem ausgeschiedenen Mitglied ist das Auseinandersetzungsguthaben - vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 3 - binnen 6 Monaten nach dem Ausscheiden auszuführen. Darüber hinaus hat es auf die Rücklagen oder das sonstige Vermögen der Genossenschaft keinen Anspruch. Die Genossenschaft ist berechtigt, bei der Auseinandersetzung die ihr gegen das ausgeschiedene Mitglied zustehenden fälligen Forderungen gegen das Auseinandersetzungsguthaben aufzurechnen. Der Genossenschaft haftet das Auseinandersetzungsguthaben des Mitglieds für einen etwaigen Ausfall, insbesondere im Insolvenzverfahren des Mitglieds als Pfand.
- (3) Soweit durch die Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens das satzungsgemäße Mindestkapital der Genossenschaft § 37 Abs. 6 unterschritten würde, ist der Anspruch auf Auszahlung ganz oder teilweise ausgesetzt, bis die Auszahlung ohne Unterschreitung des Mindestkapitals wieder möglich ist.
- (4) Von einer Aussetzung betroffene Ansprüche aus Vorjahren werden, auch im Verhältnis zueinander, mit Vorrang bedient.
- (5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Auseinandersetzung nach Kündigung einzelner Geschäftsanteile.

## § 11 Rechte der Mitglieder

Jedes Mitglied hat das Recht, nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes und der Satzung die Leistungen der Genossenschaft in Anspruch zu nehmen und an der Gestaltung der Genossenschaft mitzuwirken. Es hat insbesondere das Recht:

- a) Die Einrichtungen und Dienstleistungen der Genossenschaft nach Maßgabe der dafür getroffenen Bestimmungen und Verträge zu nutzen,
- b) an der Generalversammlung und an ihren Beratungen, Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen,
- c) in der Generalversammlung Auskünfte über Angelegenheiten der Genossenschaft zu verlangen (§ 34),

- d) Anträge für die Tagesordnung der Generalversammlung gemäß § 28 Abs. 4 einzureichen,
- e) Anträge auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung gemäß § 28 Abs. 2 einzureichen,
- f) nach Maßgabe der einschlägigen Bestimmungen und Beschlüsse am Jahresgewinn teilzunehmen,
- g) rechtzeitig vor Feststellung des Jahresabschlusses durch die Generalversammlung auf seine Kosten eine Abschrift des Jahresabschlusses, des Lageberichts, soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, und des Berichts des Aufsichtsrats zu verlangen,
- h) die Niederschrift über die Generalversammlung einzusehen
- i) die Mitgliederliste einzusehen,
- j) das zusammengefasste Ergebnis des Prüfungsberichts einzusehen.

### § 12 Pflichten der Mitglieder

Jedes Mitglied hat die Pflicht, das Interesse der Genossenschaft zu wahren. Es hat insbesondere:

- a) Den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung und den Beschlüssen der Generalversammlung nachzukommen,
- b) die Einzahlungen auf den Geschäftsanteil oder auf weitere Geschäftsanteile gemäß § 37 zu leisten,
- c) der Genossenschaft jede Änderung seiner Anschrift, Änderung der Rechtsform sowie der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse unverzüglich mitzuteilen. Gleiches gilt für Änderungen der Vertretungsbefugnis oder Mitgliedschaft, soweit Personen in ihrer Eigenschaft als Organmitglied der Genossenschaft betroffen sind,
- d) bei der Aufnahme ein der Kapitalrücklage (§ 39a) zuzuschreibendes Eintrittsgeld zu zahlen, wenn dies von der Generalversammlung festgesetzt wird,
- e) Verschwiegenheitsverpflichtung: Angebotsunterlagen, Preise und Konditionen,

Rundschreiben, interne Planungen und strategische Überlegungen, und sonstige Informationen der Genossenschaft gegenüber Außenstehenden vertraulich zu behandeln.

## III. ORGANE DER GENOSSENSCHAFT

### § 13 Organe der Genossenschaft

Die Organe der Genossenschaft sind:

- A. Der Vorstand
- B. Der Aufsichtsrat
- C. Die Generalversammlung

#### A. Der Vorstand

### § 14 Leitung der Genossenschaft

- (1) Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung.
- (2) Der Vorstand führt die Geschäfte der Genossenschaft eigenverantwortlich gemäß den Vorschriften der gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des Genossenschaftsgesetzes, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand.
- (3) Der Vorstand vertritt die Genossenschaft gerichtlich und außergerichtlich nach Maßgabe des § 15.

### § 15 Vertretung

- (1) Zwei Vorstandsmitglieder können rechtsverbindlich für die Genossenschaft zeichnen und Erklärungen abgeben (gesetzliche Vertretung). Die Generalversammlung kann einzelne oder alle Vorstandsmitglieder von dem Verbot der Mehrvertretung gemäß § 181 BGB befreien, ihnen also die Befugnis erteilen, bei allen Rechtshandlungen, welche die Genossenschaft mit oder gegenüber Dritten vornimmt zugleich als Vertreter Dritter zu handeln.
- (2) Die Erteilung von Prokura, Handlungsvollmacht und sonstigen Vollmachten zur rechtsgeschäftlichen Vertretung ist zulässig. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.

## § 16 Aufgaben und Pflichten des Vorstands

- (1) Die Vorstandsmitglieder haben bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters einer Genossenschaft anzuwenden. Über vertrauliche Angaben und Geheimnisse, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Vorstand bekannt geworden sind, haben sie Stillschweigen zu bewahren.
- (2) Der Vorstand ist insbesondere verpflichtet:
  - a) Die Geschäfte der Genossenschaft entsprechend genossenschaftlicher Zielsetzung ordnungsgemäß zu führen und sicherzustellen, dass Lieferungen und Leistungen ordnungsgemäß erbracht und die Mitglieder sachgemäß betreut werden,
  - b) eine Geschäftsordnung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat aufzustellen, die der einstimmigen Beschlussfassung im Vorstand bedarf und von allen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen ist,
  - c) die für einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb notwendigen personellen, sachlichen und organisatorischen Maßnahmen rechtzeitig zu planen und durchzuführen,
  - d) für ein ordnungsgemäßes, der Rechnungslegung sowie Planung und Steuerung dienliches Rechnungswesen zu sorgen,
  - e) über die Zulassung des Mitgliedschaftserwerbs und über die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen zu entscheiden sowie die Mitgliederliste nach Maßgabe des Genossenschaftsgesetzes zu führen,
  - f) die Generalversammlung bzw. den Aufsichtsrat regelmäßig, auf Verlangen oder bei wichtigem Anlass unverzüglich, über die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft, die Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze und die Unternehmensplanung, insbesondere über den Investitions- und Kreditbedarf, zu unterrichten,
  - g) dem gesetzlichen Prüfungsverband Einberufung, Termin, Tagesordnung und Anträge für die Generalversammlung sowie beabsichtigte

- h) Satzungsänderungen rechtzeitig anzuzeigen, im Prüfungsbericht festgehaltene Mängel abzustellen und dem Prüfungsverband darüber zu berichten,
- i) Rechtsgeschäfte und Handlungen, die nach Art, Umfang und Risiko über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates und ggf. der Generalversammlung. Die Generalversammlung kann einen Katalog von Geschäftsvorfällen beschließen, die ihrer vorherigen Zustimmung bedürfen.

## § 17 Berichterstattung gegenüber dem Aufsichtsrat

- (1) Der Vorstand hat den Aufsichtsrat mindestens halbjährlich, auf Verlangen oder bei wichtigem Anlass unverzüglich über die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft, die Einhaltung der genossenschaftlichen Grundsätze und die Unternehmensplanung, insbesondere über den Investitions- und Kreditbedarf, zu unterrichten.
- (2) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat mindestens jährlich, auf Verlangen auch in kürzeren Zeitabständen, u. a. zu berichten:
  - a) über die geschäftliche Entwicklung der Genossenschaft im abgelaufenen Zeitraum anhand von Zwischenabschlüssen,
  - b) über die Gesamtverbindlichkeiten der Genossenschaft einschließlich der Wechselverpflichtungen und des Bürgschaftsobligos,
  - c) über die von der Genossenschaft gewährten Kredite.
- (3) Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig über Entwicklungen in den Gesellschaften, an denen die Genossenschaft beteiligt ist, zu berichten und unverzüglich über dort anstehende Entscheidungen zu informieren. Dem Aufsichtsrat sind die Einladungen und Beschlussvorlagen zu den Gesellschafterversammlungen unverzüglich und von sich aus zur Verfügung zu stellen.

### § 18 Bestellung, Zusammensetzung und Dienstverhältnis

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Er wird vom Aufsichtsrat bestellt.
- (2) Aus seiner Mitte heraus bestimmt der Vorstand einen Vorsitzenden.
- (3) Der Aufsichtsrat schließt bei Bedarf den Dienstvertrag mit dem Vorstand ab.
- (4) Für die Kündigung des Dienstverhältnisses des Vorstandes unter Einhaltung der vertraglichen oder gesetzlichen Frist sowie für den Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen ist der Aufsichtsrat vertreten durch seinen Vorsitzenden zuständig. Für die außerordentliche Kündigung des Dienstverhältnisses aus wichtigem Grund (fristlose Kündigung) ist die Generalversammlung zuständig. Die Beendigung des Dienstverhältnisses hat die Aufhebung der Organstellung zur Folge.
- (5) Die Generalversammlung kann jederzeit ein Vorstandsmitglied seines Amtes entheben. Der Aufsichtsrat ist befugt, nach seinem Ermessen von der Generalversammlung abzuberufende Mitglieder des Vorstands vorläufig bis zur Entscheidung der unverzüglich zu berufenden Generalversammlung von ihren Geschäften zu entheben und wegen einstweiliger Fortführung derselben das Erforderliche zu veranlassen.

### § 19 Willensbildung

- (1) Die Entscheidungen des Vorstands bedürfen grundsätzlich der Beschlussfassung. Vorstandssitzungen sind nach Bedarf einzuberufen. Eine Vorstandssitzung muss unverzüglich einberufen werden, wenn ein Mitglied des Vorstands dies unter Angabe der Gründe verlangt. Die Einberufung der Vorstandssitzung erfolgt durch den Vorsitzenden, der die wesentlichen zur Verhandlung kommenden Gegenstände auf der Einladung mitteilen soll. Näheres regelt die Geschäftsordnung für den Vorstand.
- (2) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mitwirkt. Er

fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

- (3) Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von den an der Beratung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.
- (4) Wird über Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die die Interessen eines Vorstandsmitglieds, seines Ehegatten, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, so darf das betreffende Vorstandsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Vorstandsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

### § 20 Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats

- (1) Die Mitglieder des Vorstands sind berechtigt, an den Sitzungen des Aufsichtsrats teilzunehmen, wenn nicht durch besonderen Beschluss des Aufsichtsrats die Teilnahme ausgeschlossen wird. In den Sitzungen des Aufsichtsrats hat der Vorstand die erforderlichen Auskünfte über geschäftliche Angelegenheiten zu erteilen. Bei der Beschlussfassung des Aufsichtsrats haben die Mitglieder des Vorstands kein Stimmrecht.

### § 21 Gewährung von Krediten oder besonderen Vorteilen an Vorstandsmitglieder

Die Gewährung von Krediten oder anderweitigen wirtschaftlichen Vorteilen besonderer Art an Mitglieder des Vorstands, deren Ehegatten, minderjährige Kinder sowie an Dritte, die für Rechnung einer dieser Personen handeln, bedürfen der Beschlussfassung des Vorstands und der ausdrücklichen Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. der Generalversammlung, solange kein Aufsichtsrat bestellt ist.

## B. Der Aufsichtsrat

### § 22 Aufgaben und Pflichten des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei dessen Geschäftsführung zu überwachen. Er kann jederzeit Berichterstattung vom Vorstand verlangen und selbst oder durch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder die Bücher und Schriften der Genossenschaft sowie den Kassenbestand und die Bestände an Wertpapieren, Handelspapieren und Waren einsehen und prüfen. Auch ein einzelnes Mitglied des Aufsichtsrates kann Auskünfte, jedoch nur an den Aufsichtsrat, verlangen.
- (2) Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner gesetzlichen und satzungsmäßigen Pflichten aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und sich der Hilfe von Sachverständigen, insbesondere des zuständigen Prüfungsverbandes, auf Kosten der Genossenschaft bedienen. Soweit der Aufsichtsrat Ausschüsse bildet, bestimmt er, ob diese beratende oder entscheidende Befugnis haben; außerdem bestimmt er die Zahl der Ausschussmitglieder. Ein Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis muss mindestens aus drei Personen bestehen. Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Für die Beschlussfassung gilt ergänzend § 25.
- (3) Der Aufsichtsrat hat an der Besprechung des voraussichtlichen Ergebnisses der gesetzlichen Prüfung (Schlussbesprechung) teilzunehmen und sich in der nächsten Generalversammlung über das Ergebnis dieser Prüfung zu erklären. Ebenso hat er dort zu Jahresabschluss und Anhang sowie seine eigenen Prüfungen Stellung zu nehmen. Die Aufsichtsratsmitglieder haben den Inhalt des Prüfungsberichtes zur Kenntnis zu nehmen.
- (4) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht, soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung eines Jahresüberschusses oder für die Deckung eines Jahresfehlbetrags zu prüfen und der Generalversammlung vor Feststellung des Jah-

resabschlusses darüber Bericht zu erstatten. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats hat den Inhalt des Prüfungsberichtes zur Kenntnis zu nehmen.

- (5) Einzelheiten über die Erfüllung der dem Aufsichtsrat obliegenden Pflichten regelt die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. Sie ist vom Aufsichtsrat nach Anhörung des Vorstands aufzustellen und jedem Mitglied gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen.
- (6) Die Mitglieder des Aufsichtsrats dürfen keine nach dem Geschäftsergebnis bemessene Vergütung (Tantieme) beziehen. Auslagen können ersetzt werden. Eine Pauschalerstattung dieser Auslagen beschließen Vorstand und Aufsichtsrat. Darüber hinausgehende Vergütungen bedürfen der Beschlussfassung der Generalversammlung.
- (7) Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsratsmitglieds einer Genossenschaft zu beachten. Sie haben über alle vertraulichen Angaben und Geheimnisse der Genossenschaft sowie der Mitglieder und Kunden, die ihnen durch die Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren.
- (8) Die Beschlüsse des Aufsichtsrats vollzieht dessen Vorsitzender oder im Falle seiner Verhinderung sein Stellvertreter.
- (9) Der Aufsichtsrat vertritt die Genossenschaft gegenüber den im Amt befindlichen und ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern gerichtlich und außergerichtlich.

### § 23 Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat, zustimmungsbedürftige Angelegenheiten

- (1) Über folgende Angelegenheiten beraten Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam und beschließen durch getrennte Abstimmung.
  - a) die Grundsätze der Geschäftspolitik
  - b) die Aufnahme, Übertragung oder Aufgabe eines Geschäftsbereichs gemäß § 2 dieser Satzung, sofern nicht ausdrücklich die

- Generalversammlung gemäß § 30 durch Beschlussfassung hierfür zuständig ist,
- c) der Erwerb, die Bebauung, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
  - d) der Bau von Energieanlagen, der Erwerb oder die Beteiligung daran,
  - e) der Erwerb von sonstigen Beteiligungen,
  - f) Entscheidungen bei Beteiligungsunternehmen,
  - g) den Beitritt zu und Austritt aus Verbänden und sonstigen Vereinigungen,
  - h) die Festlegung von Termin und Ort der Generalversammlung,
  - i) die Aufnahme von Darlehen, die Gewährung von Krediten
  - j) die Abgabe von rechtsverbindlichen Erklärungen mit besonderer Bedeutung, oder der Abschluss von Verträgen, insbesondere von solchen Verträgen, durch die wiederkehrende Verpflichtungen in erheblichem Umfang für die Genossenschaft begründet werden;
  - k) die Ausschüttung einer Rückvergütung (§ 43);
  - l) die Verwendung von Rücklagen nach § 39 und 39a;
  - m) die Festsetzung von Pauschalersatzungen der Auslagen an Mitglieder des Aufsichtsrates gemäß § 22 Abs. 6.
  - n) die Bestellung der Geschäftsführerin / des Geschäftsführers, soweit diese/r nicht dem Vorstand angehört,
  - o) Erteilung und Widerruf der Prokura;
  - p) die Hereinnahme von Genussrechtskapital, die Begründung nachrangiger Verbindlichkeiten und stiller Beteiligungen.
- (3) Gemeinsame Sitzungen werden von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder des Vorstandes, im Verhinderungsfall vom jeweiligen Stellvertreter einberufen. Für die Einberufung gilt § 25 Abs. 5 entsprechend.
- (4) Gemeinsame Sitzungen von Vorstand und Aufsichtsrat sind auch erforderlich zur Entgegennahme des Berichts über das voraussichtliche Ergebnis der gesetzlichen Prüfung (Schlussbesprechung) und zur Beratung über den schriftlichen Prüfungsbericht.
- (5) Den Vorsitz in den gemeinsamen Sitzungen führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder dessen Stellvertreter, falls nichts anderes beschlossen wird.
  - (6) Vorstand und Aufsichtsrat sind beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder des Vorstands und mehr als die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind.
  - (7) Ein Antrag ist abgelehnt, wenn er nicht die Mehrheit sowohl im Vorstand als auch im Aufsichtsrat findet.
  - (8) Beschlüsse sind zu Beweiszwecken in einem gemeinsamen Protokoll festzuhalten; das Ergebnis der getrennten Abstimmung ist hierbei festzuhalten.

#### **§ 24 Zusammensetzung und Wahl des Aufsichtsrats**

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei und höchstens fünf Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden.
- (2) Bei der Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats muss jeder Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, über jeden einzelnen Kandidaten abzustimmen. Für die Wahl gilt im übrigen § 30 Abs. 2 bis 5.
- (3) Das Amt eines Aufsichtsratsmitglieds beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet am Schluss der Generalversammlung, die für das dritte Geschäftsjahr nach der Wahl stattfindet. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in welchem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, mitgerechnet. Die Generalversammlung kann für alle oder einzelne Aufsichtsratsmitglieder eine kürzere Amtsdauer bestimmen. Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Das Amt eines Aufsichtsratsmitgliedes endet vorzeitig, wenn es darauf beruht, dass das Aufsichtsratsmitglied Mitglied einer eingetragenen Genossenschaft ist und diese

Mitgliedschaft beendet ist. Entsprechendes gilt für zur Vertretung anderer juristischer Personen oder Personengesellschaften befugte Personen, wenn deren Vertretungsbefugnis endet.

Besteht Streit über die Wirksamkeit der Beendigung der Mitgliedschaft oder Vertretungsbefugnis, entscheidet die schriftliche Erklärung der Genossenschaft oder der anderen juristischen Person oder Personengesellschaft, dass die Mitgliedschaft oder Vertretungsbefugnis beendet ist.

- (5) Scheiden Mitglieder im Laufe ihrer Amtszeit aus, so besteht der Aufsichtsrat bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung, in der die Ersatzwahlen vorgenommen werden, nur aus den verbleibenden Mitgliedern. Frühere Ersatzwahlen durch eine außerordentliche Generalversammlung sind nur dann erforderlich, wenn die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder unter die gesetzliche Mindestzahl von drei herabsinkt. Ersatzwahlen erfolgen für den Rest der Amtsdauer ausgeschiedener Aufsichtsratsmitglieder.
- (6) Aus dem Vorstand ausgeschiedene Mitglieder können erst in den Aufsichtsrat gewählt werden, wenn sie für ihre gesamte Vorstandstätigkeit entlastet worden sind.

## § 25 Konstituierung, Beschlussfassung

- (1) Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter.
- (2) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los. § 33 gilt sinngemäß.
- (3) Eine Beschlussfassung ist in dringenden Fällen auch ohne Einberufung einer Sitzung im Wege schriftlicher Abstimmung oder durch entsprechende Fernkommunikations-

medien zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter eine solche Beschlussfassung veranlasst und kein Mitglied des Aufsichtsrats diesem Verfahren widerspricht.

- (4) Sitzungen des Aufsichtsrats werden durch seinen Vorsitzenden, im Verhinderungsfall durch dessen Stellvertreter, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Sie sollen mindestens halbjährlich stattfinden. Sie sind einzuberufen, so oft dies im Interesse der Genossenschaft nötig erscheint, ebenso wenn es ein Mitglied des Vorstands oder mindestens zwei der Aufsichtsratsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so können die Antragsteller unter Mitteilung des Sachverhalts selbst den Aufsichtsrat einberufen.
- (5) Die Beschlüsse des Aufsichtsrats sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren. Die Protokolle sind fortlaufend zu nummerieren. Sie sind von mindestens zwei Sitzungsteilnehmern zu unterzeichnen und mit den sonstigen Unterlagen bei der Genossenschaft aufzubewahren.
- (6) Wird über die Angelegenheiten der Genossenschaft beraten, die die Interessen eines Aufsichtsratsmitglieds, seines Ehegatten, seiner Eltern, Kinder, Geschwister oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person berühren, so darf das betreffende Aufsichtsratsmitglied an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Das Aufsichtsratsmitglied ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

## C. Die Generalversammlung

### § 26 Ausübung der Mitgliedsrechte

- (1) Die Mitglieder üben ihre Rechte in den Angelegenheiten der Genossenschaft in der Generalversammlung aus.
- (2) Jedes Mitglied hat eine Stimme.

- (3) Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige Personen, sowie juristische Personen üben ihr Stimmrecht durch den gesetzlichen Vertreter, Personengesellschaften durch ihre zur Vertretung ermächtigten Gesellschafter aus.
- (4) Mitglieder, deren gesetzliche Vertreter oder zur Vertretung ermächtigte Gesellschafter können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Mehrere Erben eines verstorbenen Mitglieds (§7) können das Stimmrecht nur durch einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten ausüben; gleiches gilt für Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Ein Bevollmächtigter kann nicht mehr als zwei Mitglieder vertreten. Bevollmächtigte können nur Mitglieder der Genossenschaft, Ehegatten, Eltern, Kinder oder Geschwister eines Mitgliedes sein oder müssen zum Vollmachtgeber in einem Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnis stehen. Personen, an die die Mitteilung über den Ausschluss abgesandt ist (§ 9 Abs. 5), sowie Personen, die sich geschäftsmäßig zur Ausübung des Stimmrechts erbieten, können nicht bevollmächtigt werden.
- (5) Stimmberechtigte gesetzliche bzw. ermächtigte Vertreter oder Bevollmächtigte müssen ihre Vertretungsbefugnis schriftlich nachweisen.
- (6) Niemand kann für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er oder das vertretene Mitglied zu entlasten oder von einer Verbindlichkeit zu befreien ist, oder ob die Genossenschaft gegen ihn oder das vertretene Mitglied einen Anspruch geltend machen soll. Er ist jedoch vor der Beschlussfassung zu hören.

### § 27 Frist und Tagungsort

- (1) Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten 6 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden.
- (2) Außerordentliche Generalversammlungen können nach Bedarf einberufen werden.
- (3) Die Generalversammlung findet am Sitz der

Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 einen anderen Tagungsort festlegen.

### § 28 Einberufung und Tagesordnung

- (1) Die Generalversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Der Aufsichtsrat ist zur Einberufung berechtigt und verpflichtet, wenn hierfür ein gesetzlicher oder satzungsmäßiger Grund vorliegt oder wenn dies im Interesse der Genossenschaft erforderlich ist, namentlich auf Verlangen des Prüfungsverbandes.
- (2) Die Mitglieder der Genossenschaft können in Textform unter Angabe des Zwecks und der Gründe die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen. Hierzu bedarf es mindestens des zehnten Teils der Mitglieder.
- (3) Die Generalversammlung wird durch unmittelbare Benachrichtigung in Textform sämtlicher Mitglieder einberufen (auf dem Postweg oder per e-mail) unter Einhaltung einer Frist von mindestens 21 Tagen, die zwischen dem Tage des Zugangs (Abs. 6) und dem Tage der Generalversammlung liegen muss. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung bekannt zu machen
- (4) Die Tagesordnung wird von demjenigen festgesetzt, der die Generalversammlung einberuft. Mitglieder der Genossenschaft können in Textform unter Angabe der Gründe verlangen, dass Gegenstände zur Beschlussfassung in der Generalversammlung angekündigt werden; hierzu bedarf es mindestens des zehnten Teils der Mitglieder.
- (5) Zu Anträgen und Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner Ankündigung.
- (6) In den Fällen der Absätze 3 gelten die Mitteilungen als zugegangen, wenn sie zwei Werkzeuge vor Beginn der Frist abgesendet worden sind.



### § 29 Versammlungsleitung

- (1) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter (Versammlungsleiter), Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem anderen Mitglied der Genossenschaft, einem bevollmächtigten Vertreter eines Mitgliedsunternehmens oder einem Vertreter des gesetzlichen Prüfungsverbandes übertragen werden. Der Versammlungsleiter ernennen einen Schriftführer und erforderlichenfalls Stimmzähler.

### § 30 Gegenstände der Beschlussfassung

- (1) Die Generalversammlung beschließt über die im Genossenschaftsgesetz und in dieser Satzung bezeichneten Angelegenheiten,
- (2) Die Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt. Die Generalversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit über
- a) Umfang der Bekanntgabe des Prüfungsberichts des Prüfungsverbandes,
  - b) Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresüberschusses oder Deckung des Jahresfehlbetrages,
  - c) Entlastung des Vorstands und des Bevollmächtigten der Generalversammlung bzw. des Aufsichtsrates, wobei für jedes Organ gesondert abzustimmen ist;
  - d) Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats gemäß §19 sowie Festsetzung der Vergütung an den Aufsichtsrat im Sinne von §19 Abs. 5
  - e) Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Aufsichtsrates
  - f) Festsetzung der Beschränkung der Kreditgewährung (insbesondere Warenkredite) gem. § 49 des Genossenschaftsgesetzes,
  - g) Austritt aus genossenschaftlichen Verbänden, Zentralen und Vereinigungen.
- (3) Die Generalversammlung beschließt mit einer Mehrheit von mindestens drei Viertel der gültig abgegebenen Stimmen über

- a) Änderung der Satzung,
- b) Verschmelzung der Genossenschaft
- c) Auflösung der Genossenschaft und ggf. Fortsetzung der Genossenschaft nach beschlossener Auflösung
- d) den Verkauf von Energieanlagen oder Verkauf von Beteiligungen an Energieanlagen  
Widerruf der Bestellung von Mitgliedern des Vorstands,
- e) Ausschluss von Mitgliedern des Vorstands bzw. von Aufsichtsratsmitgliedern aus der Genossenschaft,
- f) Verfolgung von Regressansprüchen gegen im Amt befindliche oder ausgeschiedene Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wegen ihrer Organstellung.

### § 31 Besondere Mehrheitserfordernisse

- (1) Ein Beschluss über den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes, bedarf der Mehrheit von neun Zehnteln der gültig abgegebenen Stimmen. Bei der Beschlussfassung über die Auflösung der Genossenschaft oder den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes müssen über die gesetzlichen Vorschriften hinaus zwei Drittel aller Mitglieder in einer nur zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung anwesend oder vertreten sein. Wenn diese Mitgliederzahl in der Versammlung, die über die Auflösung der Genossenschaft oder den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes beschließt, nicht erreicht ist, kann jede weitere Versammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder innerhalb desselben Geschäftsjahres über die Auflösung oder den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes beschließen.
- (2) Vor der Beschlussfassung über die Verschmelzung, Spaltung, den Formwechsel nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes, die Auflösung und Fortsetzung der aufgelösten Genossenschaft ist der Prüfungsverband zu hören. Ein Gutachten des

Prüfungsverbands ist vom Vorstand rechtzeitig zu beantragen und in der Generalversammlung zu verlesen.

### § 32 Entlastung

- (1) Niemand kann für sich oder einen anderen das Stimmrecht ausüben, wenn darüber Beschluss gefasst wird, ob er oder das vertretene Mitglied zu entlasten ist.
- (2) Über die Entlastung von Vorstand und des Aufsichtsrats ist getrennt abzustimmen; hierbei haben weder die Mitglieder des Vorstands, noch die Mitglieder des Aufsichtsrats ein Stimmrecht.

### § 33 Abstimmungen und Wahlen

- (1) Abstimmungen und Wahlen werden mit Handzeichen oder mit Stimmzetteln durchgeführt. Sie müssen geheim durch Stimmzettel erfolgen, wenn der Vorstand, der Aufsichtsrat oder mindestens der vierte Teil der bei der Beschlussfassung hierüber gültig abgegebenen Stimmen es verlangt.
- (2) Bei der Feststellung des Stimmenverhältnisses werden nur die gültig abgegebenen Ja- und Nein -Stimmen gezählt; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesen Fällen das Los. Für jeden zu wählenden Kandidaten kann jeweils nur eine Stimme abgegeben werden.
- (3) Wird eine Wahl mit Stimmzetteln durchgeführt, so hat jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Mandate zu vergeben sind. Der Wahlberechtigte bezeichnet auf dem Stimmzettel die vorgeschlagenen Kandidaten, denen er seine Stimme geben will. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten.
- (4) Wird eine Wahl mit Handzeichen durchgeführt, so ist für jedes zu vergebende Mandat ein besonderer Wahlgang erforderlich. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Erhält kein Kandidat im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit, so wird eine Stichwahl zwischen jeweils den beiden Kandidaten durchgeführt, die die meisten Stimmen erhalten haben. In diesem Fall ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Sind nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen, als Mandate zu besetzen sind, so kann gemeinsam (en bloc) abgestimmt werden, sofern dem nicht widersprochen wird.

- (5) Der Gewählte hat unverzüglich der Genossenschaft gegenüber zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

### § 34 Auskunftsrecht

- (1) Jedem Mitglied ist auf Verlangen in der Generalversammlung Auskunft über Angelegenheiten der Genossenschaft zu geben, soweit es zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstands der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunft erteilt der Vorstand oder der Aufsichtsrat.
- (2) Die Auskunft darf verweigert werden, soweit:
  - a) die Erteilung der Auskunft nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet ist, der Genossenschaft einen nicht unerheblichen Nachteil zuzufügen, sich insbesondere auf Einkaufsbedingungen oder Kalkulationsgrundlagen bezieht,
  - b) die Fragen steuerliche Wertansätze oder die Höhe einzelner Steuern betreffen,
  - c) die Erteilung der Auskunft strafbar wäre oder eine gesetzliche, satzungsmäßige oder vertragliche Geheimhaltungspflicht verletzt würde,
  - d) das Auskunftsverlangen die persönlichen oder geschäftlichen Verhältnisse eines Dritten betrifft,
  - e) es sich um vertragliche Vereinbarungen mit Vorstandsmitgliedern oder Mitarbeitern der Genossenschaft handelt,
  - f) die Verlesung von Schriftstücken zu einer unzumutbaren Verlängerung der Generalversammlung führen würde.

### § 35 Versammlungsniederschrift

- (1) Die Beschlüsse der Generalversammlung sind zu Beweis Zwecken ordnungsgemäß zu protokollieren.
- (2) Die Niederschrift soll spätestens innerhalb von sechs Wochen erfolgen. Dabei sollen Ort und Tag der Versammlung, Name des Versammlungsleiters sowie Art und Ergebnis der Abstimmungen und die Feststellungen des Versammlungsleiters über die Beschlussfassung angegeben werden. Die Niederschrift muss von dem Versammlungsleiter, dem Schriftführer und den Vorstandsmitgliedern, die an der Generalversammlung teilgenommen haben, unterschrieben werden; ihr sind die Belege über die Einberufung als Anlagen beizufügen.
- (3) Der Niederschrift ist in den Fällen des § 47 Abs. 3 GenG außerdem ein Verzeichnis der erschienenen oder vertretenen Mitglieder und der Vertreter von Mitgliedern beizufügen. Bei jedem erschienenen oder vertretenen Mitglied ist dessen Stimmenzahl zu vermerken.
- (4) Die Niederschrift ist mit den dazugehörigen Anlagen aufzubewahren. Die Einsichtnahme ist jedem Mitglied zu gestatten.

### § 36 Teilnahme der Verbände

Vertreter des Prüfungsverbandes und der genossenschaftlichen Spitzenverbände sind berechtigt, an jeder Generalversammlung teilzunehmen und jederzeit das Wort zu ergreifen.

## IV. EIGENKAPITAL UND HAFTSUMME

### § 37 Geschäftsanteil und Geschäftsguthaben / Übertragung / Mindestkapital

- (1) Der Geschäftsanteil beträgt 300,00 Euro. Er ist sofort voll einzuzahlen.
- (2) Ein Mitglied hat sich mit mindestens 1 Geschäftsanteil zu beteiligen (Pflichtbeteiligung).
- (3) Ein Mitglied kann sich mit maximal 19 weiteren Geschäftsanteilen beteiligen. Die Beteiligung eines Mitglieds mit einem zweiten

Geschäftsanteil darf erst zugelassen werden, wenn der erste Geschäftsanteil voll eingezahlt ist; das gleiche gilt für die Beteiligung mit weiteren Geschäftsanteilen. Für die Einzahlung gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend.

- (4) Die auf die Geschäftsanteile geleisteten Einzahlungen zuzüglich sonstiger Gutschriften und abzüglich zur Verlustdeckung abgedeckter Beträge bilden das Geschäftsguthaben eines Mitglieds.
- (5) Das Mindestkapital der Genossenschaft, das durch Rückzahlungen eines Auseinsetzungsguthabens an ausgeschiedene Mitglieder oder durch Kündigung einzelner Anteile nicht unterschritten werden darf, beträgt 95 % des Anlagevermögens des letzten Bilanzstichtages zum Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres. Es darf durch die Auszahlung des Auseinsetzungsguthabens von Mitgliedern, die ausgeschieden sind oder einzelne Geschäftsanteile gekündigt haben, nicht unterschritten werden.
- (6) Das Geschäftsguthaben darf, solange das Mitglied nicht ausgeschieden ist, von der Genossenschaft nicht ausgezahlt, nicht aufgerechnet oder im geschäftlichen Betrieb der Genossenschaft als Sicherheit verwendet werden. Eine geschuldete Einzahlung darf nicht erlassen werden; gegen diese kann das Mitglied nicht aufrechnen.
- (7) Die Abtretung oder Verpfändung des Geschäftsguthabens an Dritte ist unzulässig und der Genossenschaft gegenüber unwirksam. Eine Aufrechnung des Geschäftsguthabens durch das Mitglied gegen seine Verbindlichkeiten gegenüber der Genossenschaft ist nicht gestattet. Für das Auseinsetzungsguthaben gilt § 10

### § 38 Gesetzliche Rücklage

- (1) Die gesetzliche Rücklage dient zur Deckung von Bilanzverlusten.
- (2) Sie wird gebildet durch eine jährliche Zuweisung von mindestens 1% des Jahresüberschusses zuzüglich eines eventuellen

Gewinnvortrags bzw. abzüglich eines eventuellen Verlustvortrags, solange die Rücklage zehn Prozent der Bilanzsumme nicht erreicht.

- (3) Über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Deckung eines Jahresfehlbetrages beschließt die Generalversammlung.
- (4) Über die Verwendung der gesetzlichen Rücklage beschließt die Generalversammlung.

### § 39 Andere Ergebnisrücklagen

- (1) Neben der gesetzlichen wird eine andere Ergebnisrücklage gebildet, der jährlich mindestens 9 % des Jahresüberschusses zuzüglich eines eventuellen Gewinnvortrags bzw. abzüglich eines eventuellen Verlustvortrags zuzuweisen sind. Über ihre Verwendung beschließen Vorstand und Aufsichtsrat in gemeinsamer Sitzung.
- (2) Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses kann der Vorstand einen Teil des Jahresüberschusses, höchstens jedoch die Hälfte, in die anderen Ergebnisrücklagen einstellen.

### § 39 a Kapitalrücklage

Werden Eintrittsgelder, Strafgeder, Baukostenzuschüsse oder vergleichbare Beiträge erhoben, so sind sie einer zu bildenden Kapitalrücklage zuzuweisen. Über ihre Verwendung beschließen Vorstand und Aufsichtsrat gemäß § 23 Abs. 1 I) der Satzung gemeinsam.

### § 40 Nachschusspflicht

Eine Nachschusspflicht der Mitglieder besteht nicht.

## V. RECHNUNGSWESEN

### § 41 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Genossenschaft ist das Kalenderjahr, es beginnt am 01.01. und endet am 31.12. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, welches mit dem Tag der Gründungsversammlung beginnt und am 31.12.2017 endet.

### § 42 Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Der Vorstand hat innerhalb von fünf Monaten nach Ende des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht, soweit dieser gesetzlich gefordert ist, für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen.
- (2) der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht, soweit dieser gesetzlich gefordert ist, unverzüglich dem Aufsichtsrat und sodann mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses vorzulegen. Der Bericht des Aufsichtsrates ist entsprechend Abs. 3 vorab bekannt zu machen.
- (3) Der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit dieser gesetzlich gefordert ist, sowie der Bericht des Aufsichtsrates sollen mindestens eine Woche vor der Generalversammlung in den Geschäftsräumen der Genossenschaft oder an einer anderen bekannt zu machenden Stelle zur Einsicht der Mitglieder ausgelegt oder ihnen sonstwie zur Kenntnis gebracht werden.
- (4) Der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit dieser gesetzlich erforderlich ist, sind dem zuständigen Prüfungsverband mit den von ihm geforderten Nachweisen unverzüglich einzureichen.

### § 43 Rückvergütung

Über die Ausschüttung einer Rückvergütung beschließen Vorstand und Aufsichtsrat vor Aufstellung der Bilanz. Auf die von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossene Rückvergütung haben die Mitglieder einen Rechtsanspruch.

### § 44 Verwendung des Jahresüberschusses bzw. Deckung des Jahresfehlbetrages

- (1) Der Jahresüberschuss kann, soweit er nicht der gesetzlichen Rücklage (§ 35) oder Kapitalrücklage (§ 36) zugeführt oder zu anderen Zwecken verwendet wird, an die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsguthaben am Schluss des vorhergegangenen Geschäftsjahres verteilt werden. Bei der

Gewinnverteilung sind zusätzlich die im abgelaufenen Geschäftsjahr auf den Geschäftsanteil geleisteten Einzahlungen vom ersten Tag des auf die Einzahlung folgenden Kalendervierteljahres an zu berücksichtigen.

- (2) Soweit ein Jahresfehlbetrag nicht auf neue Rechnung vorgetragen oder durch Heranziehung der anderen Ergebnisrücklagen gedeckt wird, ist er durch die gesetzliche Rücklage oder durch Abschreibung von den Geschäftsguthaben der Mitglieder oder der Auseinandersetzungsguthaben der ausgeschiedenen Mitglieder oder durch diese Maßnahmen zugleich zu decken.
- (3) Werden die Geschäftsguthaben oder die Auseinandersetzungsguthaben zur Verlustdeckung herangezogen, so wird der auf das einzelne Mitglied entfallende Verlustanteil nach dem Verhältnis der übernommenen oder der satzungsgemäß zu übernehmenden Geschäftsanteile aller Mitglieder bei Beginn des Geschäftsjahres, in dem der Verlust entstanden ist, berechnet.

## VI. LIQUIDATION

### § 45 Liquidation

Nach der Auflösung erfolgt die Liquidation der Genossenschaft. Für die Verteilung des Vermögens der Genossenschaft ist das Gesetz mit der Maßgabe anzuwenden, dass Überschüsse nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben an die Mitglieder verteilt werden.

## VII. BEKANNTMACHUNGEN

### § 46 Bekanntmachungen

- (1) Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in den gesetzlich vorgesehenen Fällen unter ihrer Firma im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.
- (2) Der Jahresabschluss und die in diesem Zusammenhang offen zu legenden Unterlagen werden soweit gesetzlich vorgeschrieben im elektronischen Bundesanzeiger unter der Firma der Genossenschaft bekannt gemacht.
- (3) Bei der Bekanntmachung sind die Namen der Personen anzugeben, von denen sie ausgeht.

## VIII. GERICHTSSTAND

### § 47 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten zwischen einem Mitglied und der Genossenschaft aus dem Mitgliedsverhältnis ist das Amts- oder Landgericht, das für den Sitz der Genossenschaft zuständig ist.





# Pluspunkte für die Erneuerbaren Energien

- + dauerhaft und erneuerbar
- ++ umwelt- und klimaschonend
- +++ vor Ort verfügbar

Mit unserem Engagement wollen wir erreichen, dass die Energieressourcen der Region genutzt werden und der Gewinn aus Wärme und Strom in der Region bleibt.

Bürgerenergie Ostland eG  
Buchenring 31, 21726 Oldendorf

Peter Wortmann: [peter-wortmann@t-online.de](mailto:peter-wortmann@t-online.de)  
Klaus Reeb: [klaus.reeb@ewetel.net](mailto:klaus.reeb@ewetel.net)  
[kontakt@buengerenergie-ostland.de](mailto:kontakt@buengerenergie-ostland.de)

[www.buengerenergie-ostland.de](http://www.buengerenergie-ostland.de)

